



NIEDERSCHRIFT

über die 13. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 02.03.2021,

Videokonferenz

Beginn: 17:00

Ende: 19:34



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Margit Frey

Dr. Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Sophia Maroc

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding



SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Lisa Rocker

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Rudi Klemm

AfD

Hermann Eichhorn

Christian Gies

Norbert Herrmann

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing



Die LINKE

Daniel Emmerich

Tobias Schreiner

Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Dr. Guido Gehendges (Geschäftsführer Klinikum Landau-SÜW)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Thorsten Hartmann (Digitalisierungsbeauftragter)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Jan Marco Scherer (Sozialamt)

Sonstige

Sandra Diehl (Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit)



Willi Schmitt

(Vorsitzender Beirat für ältere Menschen)

Julius Zickler

(Vorsitzender Jugendbeirat)

Schriftführer

Markus Geib



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende gab einige Hinweise zum technischen und rechtlichen Ablauf der Videokonferenz.

Der Vorsitzende teilte weiter mit, dass er unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes ergänzend eine Informationsvorlage „Schulen – Installation von Abluftanlagen“ vorgesehen habe.

Weiter seien nach Ablauf des Vorverfahrens noch drei Anträge von Stadtratsfraktionen eingegangen:

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion „Bericht über die Situation der wohnsitzlosen Personen in Landau und Entwicklung von weitergehenden Handlungsansätzen“

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion „Mehr Nachhaltigkeit bei städtischen Veranstaltungen“

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion „Positionierung zum Modellvorhaben Innenstadt-Impulse“

Er schlage vor, diese noch als Punkte 4, 5 und 6 der öffentlichen Sitzung auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Geschäftsführers des Klinikums Landau-Südliche Weinstraße, Herrn Dr. Guido Gehendges
3. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Befestigung der Fußverkehrswege im "Südwest-Park - Wollmesheimer Höhe"
Vorlage: 101/587/2021
4. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Bericht über die Situation der wohnsitzlosen Personen in Landau und Entwicklung von weitergehenden Handlungsansätzen
Vorlage: 101/588/2021
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Mehr Nachhaltigkeit bei städtischen Veranstaltungen
Vorlage: 101/589/2021
6. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Positionierung zum Modellvorhaben "Innenstadt-Impulse"
Vorlage: 101/590/2021



7. Bewerbung für den Wettbewerb „Modellprojekte Smart Cities“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI)
Vorlage: 180/001/2021
8. Erweiterung des Hauptfriedhofes; Neuanlage eines muslimischen Grabfeldes
Vorlage: 320/025/2021
9. Verlängerung des Erlasses städtischer Sondernutzungsgebühren für Flächen zur Außenbewirtung gegenüber erlaubnispflichtigen und erlaubnisfreien Gaststättengewerbe anlässlich der Corona-Krise bis zum 30.09.2021
Vorlage: 320/026/2021
10. Sozialbericht 2020
Vorlage: 500/055/2020
11. Aufhebung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes „Deutsches Tor“
Vorlage: 610/648/2021
12. Teilfortschreibung Einzelhandelskonzept 2018 der Stadt Landau in der Pfalz im Bereich Nahversorgung
Vorlage: 610/650/2021
13. Instandsetzungsarbeiten an einem städtischen Wirtschaftsweg „Am Fürstenweg“; hier: Einbau einer Asphaltdecke
Vorlage: 680/240/2021
14. Verschiedenes
- 14.1. Schulen - Installation von Abluftanlagen
Vorlage: DEZ1/020/2021



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin bemängelte, dass es ziemlich umständlich sei für Bürgerinnen und Bürger an der Videokonferenz teilzunehmen. Sie regte an, andere Plattformen zu benutzen bzw. ein Live-Streaming anzubieten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass ein Live-Streaming derzeit nicht vorgesehen sei. Dies habe der Stadtrat aufgrund der Kosten zurückgestellt. Möglicherweise werde man dies aber jetzt nochmals aufgreifen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bericht des Geschäftsführers des Klinikums Landau-Südliche Weinstraße, Herrn Dr. Guido Gehendges

Der Vorsitzende begrüßte den Geschäftsführer des Klinikums, Herrn Dr. Guido Gehendges. Das Klinikum habe in diesem Jahr der Pandemie eine große Herausforderung gehabt und befinde sich auch jetzt noch in einer besonderen Situation.

Herr Dr. Gehendges betonte, dass sich der aktuelle Krankenhausalltag sehr stark von der pandemiefreien Zeit bis 2019 unterscheide. Man organisiere schon seit einem Jahr einen aufwändigen Parallelbetrieb und befinde sich in einem permanenten Krisenmodus. Man habe für das Klinikum ein einrichtungsbezogenes Testkonzept entwickelt. Aber auch die Beschäftigten des deutschen Gesundheitswesens seien den allgemeinen Risiken ausgesetzt. Auch die bestmögliche Schutzausrüstung könne keinen 100%-igen Schutz bieten. Im Dezember habe man in den Kliniken Annweiler und Landau ein Covid-19-Ausbruchsgeschehen gehabt, mit dem man von Beginn an transparent und offen umgegangen sei. Bisher habe man 242 mit SARS-CoV-2 infizierte Patienten versorgt. Geimpft seien an den drei Standorten bisher 364 Personen der höchsten Kategorie.

Die Zeit seit dem Ausbruch der Pandemie sei überhaupt nicht mit den Vorjahren vergleichbar. So habe man beispielsweise ca. 15 % weniger stationäre Fallzahlen als 2019. Die Investitionsfinanzierung funktioniere in keinem deutschen Bundesland auskömmlich. Von 2004 bis 2020 habe man ca. 83 Millionen Euro im Bereich baulicher Investitions- und Instandhaltung getätigt. Die Pandemie habe die Krisenuntauglichkeit des deutschen Abrechnungssystems verdeutlicht. Zur Vermeidung von Insolvenzen bedürfe es Liquiditätsabsicherungen für die Krankenhäuser. Ein weiteres Problem sei, dass man von zu viel Bürokratie und Dokumentation erdrückt werde. Er habe die klare Erwartungshaltung an die Politik auf Bundes- und Landesebene, dass ein funktionierender, fairer Ordnungsrahmen und ein auskömmlicher finanzieller Handlungsrahmen geschaffen werde.

Der Vorsitzende dankte allen Beschäftigten des Klinikums für den außerordentlichen Einsatz in den zurückliegenden Monaten. Er teile die Auffassung von Herrn Dr. Gehendges, dass die Krankenhausfinanzierung in eine stabile Zukunft geführt werde.

Ratsmitglied Saßnowski schloss sich dem Dank des Oberbürgermeisters an alle Beschäftigten des Klinikums für deren Einsatz an. Sie hoffe, dass man als Stadtrat, als Ratsmitglieder das Klinikum bestmöglich unterstützen könne. Hier müsse man ganz grundsätzlich über die Krankenhausversorgung reden.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass es ohne hin schon kein einfacher Job in der Krankenhausbranche sei. In der derzeitigen Situation sei es noch schwieriger, deswegen gelte auch der Dank der CDU-Fraktion allen Beschäftigten des Klinikums. Es gebe sicher viele Fragen, er wolle sich aber zunächst auf die Frage konzentrieren, warum dieser Investitionsstau in den drei Kliniken entstanden sei.

Ratsmitglied Maier war der Auffassung, dass jeden klar sein müsse, dass das Klinikum personell am Limit sei. Corona habe jetzt auch die Debatte um die Krankenhausfinanzierung nochmals angeheizt. Er bitte um eine Schilderung, wie die Stimmung unter den Mitarbeitern sei.



Ratsmitglied Freiermuth bat um eine Einschätzung, wie das Klinikum zu den Mutationen stehe.

Ratsmitglied Herrmann dankte für die AfD-Stadtratsfraktion den Beschäftigten für den aufopfernden Dienst an den Patienten. Seine Frage sei, ob die zugesagten zusätzlichen Gelder für das Pflegepersonal bei den Beschäftigten eingegangen seien.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass der Corona-Ausbruch im Klinikum, anders wie von Herrn Dr. Gehendges dargestellt, nicht gut kommuniziert worden sei. Warum habe man hier nicht offener kommuniziert? Noch wichtiger sei die Frage, wie es zu diesem Ausbruch kommen konnte. Habe es hier evtl. Managementfehler gegeben? Im Klinikum seien wohl 32.000 Überstunden angefallen. Trotz dieser Herausforderung durch die Corona-Pandemie soll mit weniger Personal gearbeitet worden sein. Eine weitere Frage sei, wie sich die Klinikleitung die vielen Kündigungen und die damit verbundene hohe Fluktuation erkläre. Schließlich wolle sie noch wissen, ob das Klinikum eine neue Mitarbeiterbefragung vorgesehen habe, nachdem die Alte bereits einige Zeit zurückliege. Wie werde mit Überlastungsanzeigen umgegangen? Werde dies konstruktiv bearbeitet oder würden Mitarbeiter eingeschüchtert?

Ratsmitglied Dr. Wissing fand, dass man unserem guten Gesundheitssystem und den engagierten Beschäftigten danken müsse, dass man gut durch diese Pandemie gekommen sei.

Ratsmitglied Schreiner dankte ebenfalls allen Beschäftigten des Klinikums, vor allem im Pflegebereich für die wertvolle Arbeit. Ein Dank allein reiche aber nicht aus, vielmehr müsse der Pflegeberuf dringend attraktiver werden. Hier sei in letzter Zeit einiges versäumt worden. Die Pandemie mache einmal mehr deutlich, dass im Gesundheitsbereich nicht gespart werden dürfe.

Herr Dr. Gehendges ging auf die einzelnen Fragestellungen aus den Fraktionen ein. Der Investitionsstau sei kein klinikumsspezifisches Problem, sondern vielmehr ein Beispiel für die nicht funktionierende Investitionsfinanzierung in Deutschland. Laut einer Schätzung der deutschen Krankenhausgesellschaft habe sich der Investitionsstau in den deutschen Krankenhäusern Ende 2019 auf rund 30 Milliarden Euro belaufen.

Die Stimmung unter den Mitarbeitern sei natürlich aktuell besser als im Dezember, aber die Belastung sei hoch insbesondere in der direkten Patientenbetreuung. Es sei für alle eine schwierige Zeit.

Sehr genau beobachte man die Mutationen. Es sei wichtig, dass auch bei fallenden Inzidenzzahlen das Hygieneregime aufrechterhalten werde.

Das Ausbruchsgeschehen sei ein weltweites Problem, insofern sei auch Personal in Kliniken weltweit von einer Infizierung betroffen. Man habe beim Ausbruchsgeschehen offensiv, umfassend und transparent informiert. Es sei nichts unter den Tisch gekehrt worden. Diese Pandemie sei schlicht nicht kontrollierbar, daher habe es auch zu diesem Ausbruch kommen können. In besonders schutzwürdigen Bereichen habe es von Anfang an sehr hohe Schutzmaßnahmen gegeben. Dies immer konform zu den Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts. Man habe auch schon sehr früh getestet, allein 700.000 Euro habe man nur für Coronatests ausgegeben. Dies sei fast der Gesamtbetrag der jährlichen Laborkosten. Man habe ein Testkonzept entwickelt, so dass sich jeder Mitarbeiter der wolle, sich auch testen lassen könne.

Kein Verständnis habe er für die Behauptung des Personalmangels. Den habe man nicht. Es gebe einen Stellenplan und den halte man ein. Fluktuation sei in einem großen Betrieb wie dem Klinikum nichts außergewöhnliches. Im vergangenen Jahr habe man mehr als 30 % der bestehenden Überstunden abbauen können. Seit Jahren habe man



ein stabiles Niveau bei den Überstunden. Überstunden würden anfallen, weil man nicht jeden kurzfristigen Ausfall auffangen könne. Dies sei ganz normal. Jede Überstunde werde sauber erfasst, könne abgebaut werden oder werde ausbezahlt. Für langfristige Ausfälle habe man einen Springerpool.

Bei der Mitarbeiterbefragung hinke man durch die Corona-Pandemie einige Monate hinterher. Diese mache man alle paar Jahre, allerdings gebe es im Moment durch die Pandemie ein wichtigeres Thema. Bei Überlastungsanzeigen gebe es ein mit dem Betriebsrat abgestimmtes formales und strukturiertes Verfahren. Man gehe mit jeder Überlastungsanzeige um.

Für die angekündigten Coronaprämien sei wohl ein finanzieller Topf definiert, einen Verteilungsschlüssel gebe es aber seiner Kenntnis nach noch nicht.

Ratsmitglied Bakhtari dankte Herrn Dr. Gehendges für das professionelle Management und sein Engagement für das Klinikum. Positiv erwähnen wolle er auch die Organisation und Durchführung der Impfung am Klinikum.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Befestigung der Fußverkehrswege im "Südwest-Park - Wollmesheimer Höhe"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion vom 25. Januar 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schreiner begründete den Antrag. Die Fußverkehrswege im Südwestpark seien bei Regen und Schnee kaum begehbar. Dies sei besonders für ältere oder eingeschränkte Menschen eine Tortur. Deshalb wolle man nach einer Beratung im Mobilitätsausschuss, dass man mit der Planung für eine Befestigung der Fußwege beginne.

Der Vorsitzende erklärte, dass alle Wege in den Parks regelmäßig überprüft würden.

Beigeordneter Hartmann ergänzte, dass die Situation im Südwestpark bekannt sei. Abgesehen von den 300.000 Euro, die eine Asphaltierung der Wege kosten würde, hätten nicht befestigte Wege eine wichtige Funktion. Eine Asphaltierung mache an dieser Stelle aus seiner Sicht keinen Sinn. Daher rate er zur Ablehnung des Antrages. Man werde die Wege dennoch im Auge behalten.

Ratsmitglied Schreiner entgegnete, dass man dies gerne im Mobilitätsausschuss beraten würde. Es gehe ja nicht um den gesamten Park und alle Wege, sondern um die Hauptwege.

Der Vorsitzende bot an, in einer der nächsten Sitzungen des Mobilitätsausschusses über alle Wege in den städtischen Parks zu berichten.

Ratsmitglied Dr. Migl stellte die Frage, ob es nicht andere Befestigungsmöglichkeiten als eine Asphaltierung gebe. Bei dem vorgeschlagenen Verfahren befürchte sie, dass dies untergehe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion zur Befestigung der Fußverkehrswege im „Südwest Park – Wollmesheimer Höhe“ wird in den Mobilitätsausschuss verwiesen mit der Maßgabe, dort einen Bericht über den Zustand der Fußverkehrswege in allen Landauer Parks vorzulegen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Bericht über die Situation der wohnsitzlosen Personen in Landau und Entwicklung von weitergehenden Handlungsansätzen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 22. Februar 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Es sei wichtig, gerade in Pandemiezeiten die Situation von wohnungs- und obdachlosen Menschen in Landau in den Blick zu nehmen und zu sehen, ob man evtl. Nachsteuerungsbedarf habe. Man müsse sehen, ob man alles tue um Ansteckungen zu vermeiden. Bevor man aber als Fraktion konkrete Forderungen wie beispielsweise einen Wärmebus stelle, wolle man einen Bericht haben um zu sehen wo man stehe.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass eine Berichterstattung im nächsten Stadtrat am 23. März, also in drei Wochen, nicht zu schaffen sei. Dies sei unrealistisch, zumal man bis dahin keine Sitzung des Sozialausschusses mehr habe. Man habe im Moment den Container im Prießnitzweg, der belegt sei und auch ausreichend sei. Gemeinsam habe man sich mit dem Caritaszentrum auf den Weg gemacht, hier Verbesserungen zu erreichen. Im gerade beschlossenen Haushalt der Stadt habe man auch einer Verbesserung der Personalsituation zugestimmt. Das praxisorientierte Herangehen mit dem Konzept des Caritaszentrums sei unser Konzept als Stadt. Er schlage vor, dieses Thema im Sozialausschuss zu behandeln. Dies sei der Fachausschuss und dort gehöre es hin.

Ratsmitglied Dr. Migl war mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden. Man wolle aber nicht, dass dies auf die lange Bank geschoben werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion, einen Bericht über die Situation und Versorgung der wohnsitzlosen Menschen in Landau zu erstatten und Handlungsempfehlungen zu entwickeln, wird in den Sozialausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Mehr Nachhaltigkeit bei städtischen Veranstaltungen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22. Februar 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Das Thema habe man schon zu Beginn der Legislaturperiode gehabt. Damals habe es für ein reines Mehrweggebot keine Mehrheit gegeben. Man habe seitdem nichts mehr davon gehört. Als Stadt habe man hier aber eine gewisse Vorbildfunktion.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man mit diesem Antrag bei der Verwaltung offene Türen einrenne. Schon beim ersten Antrag im August 2019 habe man klargelegt, dass die Verwaltung dieses Thema bearbeiten werde. Dies sei sehr komplex und werde an mehreren Stellen in der Verwaltung bearbeitet. Eine Konzeption solle bis zum Jahresende vorliegen.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis mit der Maßgabe,

dass eine entsprechende Konzeption bis zum Jahresende 2021 vorgelegt wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Positionierung zum Modellvorhaben "Innenstadt-Impulse"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 23. Februar 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Es sei im Moment eine große Herausforderung für die Innenstädte durch den Online-Handel und durch Corona nochmals in besonderer Weise. Bei vielen gehe es um die wirtschaftliche Existenz. Selbst wenn Corona überwunden sei, werde es für die Innenstädte danach nicht einfacher. Daher sei es wichtig, Ideen zu entwickeln um der Situation gerecht zu werden. Das Land habe hier mit dem Modellvorhaben Innenstadtimpulse einen sehr guten und richtigen Ansatz gefunden. Allerdings sei dies nur für die fünf Großstädte in Rheinland-Pfalz vorgesehen. Hier stelle sich die Frage, warum nur die Großstädte und nicht auch die Mittelstädte? Landau gehe nun schon zum zweiten Mal durch eine Entscheidung des Landes leer aus. Man dürfe dies nicht unkommentiert und widerstandslos hinnehmen, sondern müsse Flagge zeigen. Er bitte um Verständnis, dass man den Antrag wegen der Dringlichkeit nicht abgestimmt werden konnte.

Der Vorsitzende erklärte, dass die kommunale Welt in Rheinland-Pfalz über alle Parteigrenzen hinweg schockiert über diesen Ansatz der Landesregierung sei. 2,5 Millionen Euro für dieses Modellprojekt seien deutlich zu kurz gesprungen. Andere Bundesländer würden teilweise Programme mit bis zu 70 Millionen Euro auflegen. Der Stadtrat habe ja bereits die Komplexität dieses Themas Zukunft der Innenstadt erkannt. Am 22. April werde man digital eine Anhörung zum Thema „Zukunft Innenstadt“ machen mit einem hochkarätigen Podium. Es sei zu erwarten, dass auch auf Bundesebene entsprechende Förderprogramme aufgelegt werden. Der Ansatz in Rheinland-Pfalz werde den Erfordernissen nicht gerecht, insofern sei ihm der Antrag aus dem Herzen geschrieben.

Ratsmitglied Heidbreder schloss sich für die GRÜNE-Stadtratsfraktion der Positionierung an. Es bedürfe jetzt unmittelbar der Unterstützung, denn die Umsatzeinbrüche seien jetzt da und nicht erst 2022. Hinzu komme, dass es mit Corona jetzt einen gewissen Gewöhnungseffekt beim Online-Einkauf gebe. Man sei ja auch als Stadt hier schon tätig. Sie sei dankbar für die Vorlage, die man am Nachmittag noch erhalten habe zur Anhörung Zukunft Innenstadt. Bei der Auswahl der Experten für die Anhörung sollte man vielleicht nochmal nachsteuern und auch eine Frau dazu einladen.

Ratsmitglied Maier stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion dem Antrag zu. Man könne sich hier den Ausführungen der Vorredner anschließen. Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass das Land sich in den letzten Jahren außerordentlich um Landau gekümmert habe.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass man wohl kaum widersprechen könne, wenn es darum gehe, Impulse für die Innenstadt zu setzen. Von daher werde auch die FWG-Stadtratsfraktion zustimmen. Damit könne man aber schon vor Ort in Landau anfangen, zum Beispiel mit der Königstraße. Ein Großteil der Besucher in der Königstraße komme aus dem Umland, deshalb brauche man dort Parkplätze.

Ratsmitglied Gies unterstrich, dass die Pandemie eine große Herausforderung sei. Man sehe die Auswirkungen deutlich in der Innenstadt. Daher finde er auch die



Expertenanhörung eine tolle Sache, aus der man sicherlich einige Anregungen ziehen könne. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Kleemann betonte, dass die Aufnahme der Mittelzentren in das Programm für 2022 geplant sei. Man stimme der Positionierung zu, dass dadurch aber eine frühere Aufnahme in das Programm erfolge sei doch recht unwahrscheinlich. Man sollte die Zeit bis dahin nutzen um eigene innovative Ideen und Perspektiven zu entwickeln. Landau sei ja nach wie vor im Förderprogramm „Aktive Stadtzentren“. Es stelle sich die Frage, ob denn noch Gelder aus diesem Förderprogramm da seien.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man alle Aufgaben eines klassischen Citymanagements bereits abdecke. Man müsse hier die Förderkulisse als Ganzes betrachten.

Ratsmitglied Silbernagel stimmte für die FDP-Stadtratsfraktion dieser Positionierung ebenfalls zu. Mittelzentren seien der Impuls in der Region und bekämen auch Zulauf. Er wolle noch gar nicht daran denken, wie die Innenstadt nach der Pandemie aussehen werde. Von daher sei es gerade notwendig, dieser Positionierung zuzustimmen.

Ratsmitglied Emmerich war erschrocken, über das unsolidarische Verhalten des Landes. Es müsse hier eine solidarische Verteilung geben, denn alle würden unter der Pandemie leiden, nicht nur die Oberzentren.

Ratsmitglied Saßnowski entgegnete zu den Ausführungen von Herrn Freiermuth, dass Parkplätze nicht alles seien. Man brauche schöne Straßen mit Aufenthaltsqualität.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat der Stadt Landau fordert die Landesregierung auf, im Rahmen des Modellvorhabens „Innenstadt-Impulse“ den mittleren kreisfreien Städten, wie Landau, eine vergleichbare Förderung zu gewähren, wie sie dies für die Oberzentren des Landes vorgesehen hat. Wir appellieren an die Abgeordneten im Landtag, sich ebenfalls für die sofortige Aufnahme aller kreisfreien Städte in dieses Modellvorhaben einzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Bewerbung für den Wettbewerb „Modellprojekte Smart Cities“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Digitalisierung, Informationssicherheit und Datenschutz vom 11. Februar 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man bearbeite das Thema Digitalisierung auf unterschiedlichste Weise. Seit einigen Wochen habe man einen eigenen Digitalisierungsbeauftragten und man wolle bis zur Jahresmitte eine Digitalisierungsstrategie zu Papier bringen. Zusätzlich wolle man versuchen, Gelder aus diesem Förderprogramm zu bekommen. Es gehe heute um einen Grundsatzbeschluss. Wenn man den Zuschlag zu diesem Förderprogramm erhalte, gehe es dann um eine gemeinsame Entwicklung eines Konzeptes.

Ratsmitglied Heidbreder stimmte für die GRÜNE-Stadtratsfraktion der Bewerbung grundsätzlich zu. Man wolle gerne in den Antragstext eine Konkretisierung aufnehmen, was denn das Ziel sei. Man wolle einen zusätzlichen Spiegelstrich ergänzen mit folgender Formulierung:
„Die Stadt Landau erklärt, dass sie beim Modellprojekt Smart City die regionale Wertschöpfung, Ressourcenschonung und ökologisch-soziale Nachhaltigkeit als zentrales Ziel verfolgt.“

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck begrüßte für die CDU-Stadtratsfraktion die Teilnahm an diesem Modellprojekt ebenfalls. Die Pandemie habe gezeigt, wie wichtig Digitalisierung sei. Das Ganze koste Geld und brauche Strukturen. Der CDU sei es wichtig, dass der Mensch im Mittelpunkt stehe. Es sei ein guter Schritt gewesen, die Digitalisierung in eine neue Abteilung auszugliedern.

Ratsmitglied Maier stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass die Pandemie vor allem die Schulen unter Druck gesetzt habe. Insgesamt fange man in Landau nicht bei Null an. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Gies erklärte die Zustimmung der AfD-Stadtratsfraktion.

Ratsmitglied Kleemann stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu. Sie fände es aber gut, wenn man das Online-Streaming von Gremiensitzungen mit in die Bewerbung aufnehmen könnte.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es zu Liveübertragungen einen Stadtratsbeschluss für diese Wahlperiode gebe. Man müsse sehen wie man damit umgehe, zumal man wisse was an Kosten und Aufwand dahinterstehe.

Ratsmitglied Silbernagel teilte mit, dass die FDP-Stadtratsfraktion ebenfalls zustimme.

Ratsmitglied Emmerich hielt dies für ein gutes Vorhaben. Die schon konzipierte App sei eine schöne Sache, da sie leicht zu bedienen sei. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme zu.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bewerbung für den Wettbewerb „Modellprojekte Smart Cities“ des BMI für den Bereich der Gesamtstadt Landau in der Pfalz vorzubereiten und die Unterlagen fristgerecht bis zum 14. März 2021 einzureichen.
2. Die Stadt Landau in der Pfalz erklärt, dass sie
 - als Modellprojekt Smart Cities Stadtentwicklung und Digitalisierung gemeinsam mit der örtlichen Öffentlichkeit in einem partizipativen Verfahren diskutieren und gestalten möchte,
 - hierfür einen strategischen Ansatz im Sinne der Smart City Charta der Nationalen Dialogplattform Smart Cities verfolgen möchte,
 - „Smart City“ nicht bloß als sektorales Projekt versteht, sondern die räumlichen und gesellschaftlichen Wirkungen der Digitalisierung fachübergreifend betrachten möchte,
 - sich in Kenntnis des geforderten Eigenanteils bewirbt und diesen einbringt,
 - sich mit der Bereitschaft zum modellhaften/beispielhaften Lernen für und mit anderen Kommunen bewirbt,
 - dass sie beim Modellprojekt Smart City die regionale Wertschöpfung, Ressourcenschonung und ökologisch-soziale Nachhaltigkeit als zentrales Ziel verfolgt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Erweiterung des Hauptfriedhofes; Neuanlage eines muslimischen Grabfeldes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 20. Januar 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth bat um Erläuterung, ob es richtig sei, dass die Belegung auch auf dem muslimischen Grabfeld zeitlich begrenzt sei.

Der Vorsitzende unterstrich, dass dies von Anfang an Thema gewesen sei. In Deutschland sei dies in diesem Sinne klar geregelt. Es gebe ja immer die Möglichkeit, die Ruhezeiten zu verlängern.

Beigeordneter Hartmann teilte mit, dass man voraussichtlich schon im April mit dem Bau beginnen könne.

Ratsmitglied Saßnowski war froh, dass dieses Gräberfeld jetzt komme. Dies sei ein großer Schritt von dem sie hoffe, dass die umliegenden Kommunen hier nachziehen werden.

Ratsmitglied Schwarzmüller warf die Frage auf, ob das Gräberfeld nicht erweitert werden müsse, wenn nach 20 Jahren die Ruhezeit ablaufe. Eine Doppelbelegung sei bei Muslimen nicht zulässig.

Der Vorsitzende entgegnete, dass sich dieses Problem frühestens in 20 Jahren stelle.

Ratsmitglied Kleemann kritisierte, dass die muslimische Gemeinde für den Waschraum selbst aufkommen müsse, da es über die üblichen Begräbnisrituale hinausgehe. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme zu.

Der Vorsitzende stellte klar, dass von Anfang an klar gewesen sei, dass die gleichen Investitionsvoraussetzungen gelten würden wie für jede andere Erweiterung des Friedhofs.

Beigeordneter Hartmann ergänzte, dass die muslimische Gemeinde die Übernahme der Bäume angeboten habe, um etwas beizutragen. Man habe es als Verwaltung nicht verlangt. Um Kosten zu sparen, nehme man es aber auf die Gesamtbestellung des Umweltamtes.

Ratsmitglied Schwarzmüller entgegnete, dass ihres Wissens die muslimische Gemeinde die finanzielle Beteiligung an den Bäumen gar nicht tragen könne. Es solle wohl eher der Beirat für Migration und Integration die Hälfte der Bäume bezahlen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Vor Beginn des Vergabeverfahren für die Neuanlage eines muslimischen Grabfeldes westlich des Hauptfriedhofes werden

- a) 20.000,- € aus Vorjahren in das Haushaltsjahr 2021 übertragen
- b) 50.000,- € im Vorgriff auf den Haushalt 2021 freigegeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Verlängerung des Erlasses städtischer Sondernutzungsgebühren für Flächen zur Außenbewirtung gegenüber erlaubnispflichtigen und erlaubnisfreien Gaststättengewerbe anlässlich der Corona-Krise bis zum 30.09.2021

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 17. Februar 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Kolain unterstrich, dass die Gastronomie in Landau gerade eine schwere Zeit durchmache. Daher sei der Erlass der Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie genau der richtige Weg. Es gebe aber auch Gastronomen, die die Möglichkeit der Außenbewirtung nicht hätten. Vielleicht könne man für diese auch eine Möglichkeit finden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die am 17.11.2020 bis zum 31.3.2021 beschlossene Verlängerung zum Erlass städtischer Sondernutzungsgebühren für Flächen zur Außenbewirtung nochmals bis zum 30.09.2021 zu verlängern (SiVo 320/017/2020 und SiVo 320/021/2020).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Sozialbericht 2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 12. Januar 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt den vorgelegten Sozialbericht für einen wichtigen Meilenstein. Es sei die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion gewesen, die diesen Bericht schon im Dezember 2018 beantragt habe. Es habe nun sehr lange gedauert. Ursprünglich habe man einen Armutsbericht haben wollen. Dennoch sei es wichtig, dass man jetzt eine Grundlage habe. Damit könne man gewisse Rückschlüsse schließen. Aus dem Bericht zeige sich, dass es für ältere Menschen teilweise sehr wenig Infrastruktur gebe. Auch in Gebiet des Horst gebe es Bedarf. Man sollte schauen, was man jetzt schon aus diesen Daten entnehmen könne.

Ratsmitglied Saßnowski sah in dem vorgelegten Sozialbericht einen ersten Aufschlag. Er beschreibe die Grundlagen unserer Stadt ganz gut. Sie wünsche sich, den Fokus auf Armut und Reichtum zu legen. Das Wertvolle sei, dass man mit einer stetigen Fortschreibung dieses Berichtes Langzeitdaten gewinne. Dies sei wichtig für die Themen, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen würden.

Der Vorsitzende unterstrich, dass man die Berichte immer zusammendenken müsse. Es sei die Herausforderung, dies dann zusammenzuführen.

Ratsmitglied Burgdörfer erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion sehr dankbar für diesen umfassenden Sozialbericht sei. Man sei froh, dass es keine groben Ausreißer in unserer Stadt gebe. Jetzt habe man eine Grundlage für das, was in den nächsten Jahren zu tun sei. Es sei ein sehr breit gefächertes Bericht, der viele wichtige Daten liefere. Man wolle genau beobachten, was für das künftige Handeln notwendig sei. Letztlich gehe um Chancengleichheit, die man gewähren wolle und müsse. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der Sozialbericht wird als Grundlage für weitere sozialpolitische Entscheidungen zur Kenntnis genommen.**
- 2. Der Sozialbericht soll in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben werden. Schwerpunkt der ersten Fortschreibung ist die Umsetzung des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ in den nördlichen und nordöstlichen Sozialräumen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Aufhebung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes „Deutsches Tor“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 12. Januar 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Saßnowski war der Auffassung, dass es sich lohne, alte Gebäude zu sanieren. Innenstadt und Gastronomie profitieren, wenn man mehr Platz für Fußgänger und eine Aufenthaltsqualität schaffe. Wenn man in Zukunft mehr solcher Projekte mache, sollte man einen größeren Fokus auf Entsiegelung legen und mehr Grünflächen schaffen. Im Gespräch sei ja eine Sperrung der Königstraße an diesem unteren Ende gewesen. Sie fände es gut, wenn man diese Idee weiter führen würde bei der Entscheidung über die Sanierung der Königstraße. Wichtig wäre es, im Deutschen Tor auch eine Gastronomie zu haben.

Ratsmitglied Löffel erinnerte daran, dass dieses Sanierungsgebiet mittlerweile 14 Jahre alt sei. Nun komme man zu einem Abschluss und habe eine Attraktivitätssteigerung und eine Aufenthaltsqualität erreicht. Das ganze Gebiet mit Deutschem Tor, Königstraße und Ufersche Höfe werde etwas Gutes werden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Sanierungsgebietes „Deutsches Tor“, vom 13. Februar 2007, wird auf Grundlage von § 162 Baugesetzbuch aufgehoben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Teilfortschreibung Einzelhandelskonzept 2018 der Stadt Landau in der Pfalz im Bereich Nahversorgung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 14. Januar 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die vom Planungsbüro Junker + Kruse, Dortmund, erarbeitete Teilfortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 2018 im Bereich Nahversorgung für die Stadt Landau in der Pfalz vom November 2020 (Anlage) wird als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB für die künftige räumliche Steuerung des Einzelhandels und die Sicherung zentraler Versorgungsstrukturen in Landau in der Pfalz beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

**Instandsetzungsarbeiten an einem städtischen Wirtschaftsweg „Am Fürstenweg“; hier:
Einbau einer Asphaltdecke**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 4. Februar 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zum Einbau einer Asphaltdecke „Am Fürstenweg“ wird der Fa. Gerst Bau GmbH u. Co. KG, Bahnhofstraße 171, 67480 Edenkoben zu den Preisen ihres Angebotes vom 11.01.2021 erteilt, welches mit einer geprüften Auftragssumme einschließlich Mehrwertsteuer i.H.v. 118.486,31 Euro abschließt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende gab einen aktuellen Lagebericht zur Corona-Situation. Die Inzidenz in Landau liege auch heute unter 20. Dies sei aber eine Momentaufnahme, die sich immer ändern könne. Diese Herausforderung bleibe erhalten. In der vergangenen Woche habe das Impfzentrum seinen Betrieb aufgenommen. Man sei bereit, den Impfbetrieb dort auch weiter auszudehnen, was aber am Impfstoff hänge. Im Moment sei davon auszugehen, dass im März sehr viel Impfstoff zur Verfügung stehen werde. Zur Pandemiebekämpfung gehöre auch die Konzeption „Testen für Alle“. Hier müsse man kommunale Strukturen aufbauen, in welcher Form werde sich morgen entscheiden. Man brauche einen Ausbau beim Testen und beim Impfen. Sehr erfreulich sei es, dass man den Zoo wieder habe öffnen können. Dort habe man im Moment ein maximales Besucheraufkommen von 600 pro Tag. Im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl werbe man weiter für die Briefwahl. Schon jetzt habe man ca. ein Drittel Briefwähler. Es sei erkennbar, dass man bei der Pandemiebewältigung in vielen Bereichen extrem gefordert sei. Er sei stolz auf die Verwaltung und auch auf die vielen Ehrenamtlichen, die dies in herausragender Weise meistern.

Ratsmitglied Dr. Wissing dankte dem Team des Impfzentrums und der Verwaltung für die hervorragende Organisation.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14.1. (öffentlich)

Schulen - Installation von Abluftanlagen

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage vom 2. März 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Hinter dieser Vorlage stehe eine Kraftanstrengung der vergangenen Tage. Die zentrale Vorgabe des Landes laute weiterhin, für ausreichendes Lüften zu sorgen. Man habe ja zunächst in Zusammenarbeit mit dem Freundes- und Förderkreis ein Pilotprojekt am Otto-Hahn-Gymnasium durchgeführt. Dies habe zu einem sehr positiven Ergebnis hinsichtlich der Wirksamkeit dieser Anlagen geführt. Natürlich hoffe man, dass mit Impfen und Testen die Pandemie bald überwunden ist. Bis dies der Fall sei, könne es aber noch eine Weile dauern. Daher habe man im Stadtvorstand beschlossen, das Projekt Abluftanlagen auf alle Landauer Schulen auszurollen. Hierfür kämen in den städtischen Schulen 500 Schulsäle in Frage. Dafür werde ein finanzieller Aufwand von rund 150.000 Euro entstehen. Dies sei eine freiwillige Leistung und man habe noch keinen genehmigten Haushalt. Daher habe man eine Spenden- und Sponsoringinitiative gestartet. Bis heute habe man schon mehr als 130.000 Euro an Spenden hierfür einwerben können. Angefragt habe man auch bei den privaten, nicht städtischen Schulen. Schon in den nächsten Tagen könne man in die Umsetzung gehen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron war es wichtig, dass man hier in Landau keine Zwei-Klassen-Gesellschaft bekomme, sondern dass alle Schulen mit den Abluftanlagen ausgestattet werden. Um das Ziel zu erreichen, brauche man neben dem THW viele helfende Hände auch an den Schulen vor Ort.

Ratsmitglied Löffel dankte für diese außerordentliche Initiative. Hier habe man schnell und unbürokratisch die Chance schnell zu einer besseren Situation in den Schulen zu kommen. Er danke hier den Eltern und auch den Sponsoren.

Ratsmitglied Schowalter wollte wissen, ob diese Aktion auch auf die Kita's erweiterbar sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies im Moment nicht vorgesehen sei.

Ratsmitglied Maier war der Auffassung, dass diese Aktion zeige was die Kommunen im Land zu leisten im Stande seien.

Ratsmitglied Emmerich fand es erfreulich, dass es in Landau so gut funktioniere. Er finde es erschreckend, dass das Land hier nicht eingreife. Zu sagen, dass Lüften ausreiche, empfinde er als Hohn.

Ratsmitglied Kleemann dankte allen Spendern und allen in der Verwaltung, die sich hier engagieren.



Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 02.03.2021 umfasst 22 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 175.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Alexander Grassmann
Beigeordneter